

# Pulsnitzer Tageblatt

Pressdruck 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Ersteinst an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 41 mm breite Petitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörn, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lehmenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. V. Förster's Erben (Jug. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 73

Montag, den 26. März 1928

80. Jahrgang

## Das Wichtigste

Der Untersuchungsausschuss für die Rheubus-Angelegenheit hat seinen Bericht dem Haushaltsausschuss vorgelegt.  
Der Bericht des Ingenieurs Goldstein ist veröffentlicht worden.  
Am Freitag soll das Urteil im Barmat-Prozess gefällt werden.  
Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich der Leiter der G. P. U. der Ukraine, Wolikoff, gestern nach Moskau begeben, um persönlich Bericht über die Unternehmung gegen die Verhafteten deutschen und russischen Ingenieure zu erstatten. Anfang April sollen sämtliche Verhaftete unter strenger Bewachung nach Moskau überführt werden.  
Am Sonnabend ist nach langen Verhandlungen der deutsch-griechische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag vor dem griechischen Gesandten in Berlin, Kanelopoulos, und dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, Legationsrat Windel, unterzeichnet worden. Der Vertrag tritt 15 Tage nach dem Austausch der beiderseitigen Ratifikationen in Kraft.  
Die Berliner Blätter aus Gosenburg melden, hat in der Nacht zum Sonntag ein Kutter aus Sagen die Besatzung des in Sietin bei heimatischen Dampfers „Ortinde“ geborgenen. Die Holzladung des deutschen Dampfers, der von Danzig nach Rouen unterwegs war, war nachts in Brand geraten und die 17 Mann starke Besatzung mußte den Dampfer verlassen. Durch das Feuer wurde ein Mann der Besatzung verletzt.

## Vertikale und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Hoher Besuch.) Wie wir schon erfahren, hat gestern Herr Volksbildungsminister Dr. Kaiser in Begleitung seiner Gattin und des zuständigen Personalreferenten, Herrn Oberregierungsrates Endler, die Ausstellung der Berufsschule, Einrichtung, Schulräume und Lehrmittel dieser Anstalt besichtigt. — Sonderbericht folgt noch.

**Pulsnitz.** (Junkverein.) Am Sonntag schlossen sich eine Anzahl Junkfreunde zu einem Junkverein Pulsnitz zusammen, um sich durch gegenseitigen Meinungsaustausch, belehrende Vorträge und praktische Arbeiten auf dem Gebiete der Rundfunktechnik weiterzubilden. Jedes Mitglied erhält kostenlos frei Haus nach Wahl die Zeitschrift „Junk“ oder „Die Dresdner Mirag“. Die Vereinsbeiträge sind nicht höher, als die Zeitung allein kostet. Anmeldungen nimmt der Vorsitzende, Herr Lehrer Haufe, und der Schriftführer, Herr Alfred Thieme, entgegen.

(Wom Wetter.) Der kalendrische Frühlingssanfang hat, wie erwartet, Mitteleuropa auch die frühlingshafte Witterung gebracht, die schon im ersten Märzdrittel vom Westen aus einen Vorstoß bis nach Norddeutschland unternommen hatte, dann aber durch jähen Kälteeinbruch wieder beseitigt worden war. Bevor es zu Regenwetter kommt, werden aber in Mittel-, Nord- und Ostdeutschland die Temperaturen noch höher steigen, und das Wetter wird demgemäß erst noch einige Tage schön und frühlingshaft bleiben. Ueber die mutmaßliche Dauer der dann zu erwartenden regnerischen und veränderlichen Witterung läßt sich im Augenblick noch nichts sagen.

(R. P. D. (Der deutsche Hausbesitz zu den kommenden Reichstagswahlen.) Obwohl die Neuwahlen zum Reichstage nicht vor dem 20. Mai d. J. zu erwarten sind, hat der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer Vereine als maßgebende Spitzenorganisation des deutschen Hausbesitzes mit rund 2800 angeschlossenen Verbänden und Vereinen und 800 000 Einzelmitgliedern bereits jetzt zu den bevorstehenden Reichstagswahlen Stellung genommen. Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine empfiehlt seinen ihm angeschlossenen Vereinen, nur für solche Parteien einzutreten, die auf dem Boden der Aufrechterhaltung des Privateigentums und der baldigsten Wiederherstellung der Freiheit im Miet- und Wohnungswesen stehen und in ihre Listen an aussichtsreicher Stelle von im Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine zusammengeschlossenen Hausbesitzerorganisationen vorgeschlagene oder von ihnen anerkannte Kandidaten aufnehmen. Der Kampf des organisierten Hausbesitzes gilt allen Parteien, welche feindselig sind oder sich gegen ihn eingestellt haben. Besonders erfreulich ist es, daß der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine die Bildung von Splitterparteien ablehnt. Er ist daher auch gewillt, die von einer winzigen, abgeplitterten Sondergruppe beabsichtigte Gründung einer „Haus- und Grundbesitzer-Partei“ mit allen zu Gebote stehenden Mitteln als für den deutschen Hausbesitz im höchsten Maße schädlich zu bekämpfen. Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine lehnt es ab, seine politische Neutralität aufzugeben

## Lord Robert Cecil über Deutschlands Entwaffnung

Der deutsche Vorschlag abgelehnt

Ergebnisloses Ende der Abrüstungskonferenz — Die Iswestija über die ergebnislose Abrüstungskonferenz — Geheime Verhandlungen über die Reparationsfrage — Das Programm der „neuen Regierung Poincaré“ — Die Entdeckung kommunistischer Waffenlager in London — Die Gewerkschaften, das Instrument der Weltrevolution

London. Die „Sunday Times“ veröffentlichten einen Artikel Lord Robert Cecils über die Abrüstungskonferenz in Genf, worin dieser das Fehlschlagen der Konferenz bedauert. Es genüge nicht, daß Deutschland entwaffnet werde. Die deutsche Entwaffnung sei seinerzeit als Aufstufung zur allgemeinen Entwaffnung gedacht gewesen. Man könne sich selber fragen, ob Deutschland gehalten werden könne, Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, die von anderen Vertragsunterzeichnern nicht erfüllt werden würden.

Der deutsche Vorschlag abgelehnt.

Nach zeitweiliger Sprachlosigkeit über die neuen russischen Abrüstungsvorschläge fand zuerst der französische Delegierte Graf Clauzel die Sprache wieder. Clauzel empfahl, die zweite Lesung der Abrüstungskonvention früher oder später vorzunehmen, je nachdem der Präsident die neuerliche Einberufung vornehmen wird, die anderen Vorschläge aber mit der zweiten Lesung zu vereinigen bzw. den neuen deutschen Vorschlag abzulehnen. Der Pole Sokal versuchte zuerst die Russen lächerlich zu machen, indem er sich freute, daß sie so schnell von der vollständigen Abrüstung zur teilweisen übergegangen seien. Nun war die Reihe an Lord Cushing und nicht zu wissen, um was es sich handele. Der Präsident stellte darauf fest, man verhandele jetzt ausschließlich über den deutschen Antrag.

Graf Bernstorff hatte es den Vorrednern gegenüber besonders leicht, nachzuweisen, daß er die zweite Lesung nicht opfere. Das Programm für diese Abrüstungskonferenz müßte bis Mittwoch fertig sein. Litwinow erklärte, sollte sein Vorschlag abgelehnt werden, so trete er energisch für den deutschen Antrag ein. Eine weitere Vertagung sei ein offener Bankrott der Vorbereitenden Abrüstungskommission.

Die Vertreter Englands, Belgiens und Italiens lehnten den deutschen Vorschlag ab.

Ergebnisloses Ende der Abrüstungskonferenz.

Genf. Die Vorbereitende Abrüstungskommission hat in ihrer Nachmittagsitzung vom Sonnabend ganze Arbeit geleistet. Sie hat erstens die 5. Sitzung noch vor dem Sonntag geschlossen; sie hat zweitens ihre eigene Einberufung zur 6. Sitzung dem Urteil ihres Präsidenten anheimgestellt und nur schwächern beigefügt, es möge tunlichst vor der nächsten Bundesversammlung sein; sie hat drittens die Abhaltung der zweiten Lesung der Abrüstungskonvention auf diesen noch unbestimmten Termin verschoben; sie hat viertens den ersten russischen Abrüstungsantrag glatt abgelehnt und den zweiten russischen Antrag auf den gleichen unbekanntem Termin zusammen mit der zweiten Lesung der Konvention verlegt; sie hat fünftens den deutschen Antrag auf Reform des militärischen Handbuchs des Völkerbundes zum Zwecke seiner Anpassung an den Artikel 8 des Paktes gleichfalls mit der zweiten Lesung der Konvention verschoben, und sie hat sechstens den deutschen Eventualantrag auf Einberufung einer beschränkten ersten Abrüstungskonferenz abgelehnt.

## Die Iswestija über die ergebnislose Abrüstungskonferenz

Kowuo, 25. März. Die Moskauer Iswestija besprechen in einem längeren Artikel die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz in Genf. Das Blatt erklärt, die letzten Tage der Konferenz hätten bewiesen, daß der Völkerbund nur ein kleines Spielzeug in den Händen der Sieger, der Entente, sei. Die Reden Litwinows und Lunatscharskis hätten bewiesen, daß der heutige Völkerbund nicht imstande sei, den richtigen Frieden zu schützen. Die türkisch-russische Zusammenarbeit in der Entwaffnungsfrage habe sich in gewissem Sinne als machtlos erwiesen, gegenüber dem Militarismus der europäischen Länder.

## Geheime Verhandlungen über die Reparationsfrage.

Festsetzung der deutschen Reparationen auf 32 Milliarden.

New York. Die „New-Yorker Times“ brachten in

diesen Tagen einen Artikel ihres Pariser Korrespondenten, worin zwischen europäischen und amerikanischen Bankiers geheime Verhandlungen über die Neuverteilung der Reparationsschulden und überhaupt die Neuverteilung des ganzen Problems stattfinden. In den Verhandlungen soll man zu dem Schlusse gekommen sein, die deutschen Reparationsleistungen auf 32 Milliarden Mark festzusetzen.

Die Deckung dieser Reparation soll durch die Emission von Bonds erfolgen. Von diesen 32 Milliarden sollen 16 Milliarden auf die Eisenbahnindustrialbonds nach dem Dawesplan entfallen. Diese 16 Milliarden Bonds sollen im kommenden Jahre in den Vereinigten Staaten mit 80 Prozent untergebracht werden. Der Erlös der Bonds soll für die Liquidierung der Schulden der alliierten Mächte gegenüber den Vereinigten Staaten verwendet werden. Eine Unterbringung der Eisenbahnbonds zu 80 Prozent würde aber ein Opfer bedeuten, und in Anbetracht dessen gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Vereinigten Staaten ihre Forderungen in dem Maße herabsetzen, in dem der Emissionspreis der Bonds heruntergesetzt wird, um ihren Verkauf zu ermöglichen.

Die restlichen 16 Milliarden sollen aus dem deutschen Budget genommen werden. Hierdurch würde das Budget gegenüber dem Dawesplan um 40 Prozent entlastet werden. Die alliierten Mächte Europas sollen dann die Zahlungen hierfür in großem Maße in der Form von Sachlieferungen erhalten.

Wie verlautet, soll der Vorstoß für die Neuverteilung des Reparationsproblems nach den Wahlen in Europa und den Vereinigten Staaten erfolgen.

## Das Programm der „neuen Regierung Poincaré“.

Er bekennt sich zur Ruhrpolitik gegen Deutschland.

Paris. Ministerpräsident Poincaré hat in Bordeaux die mit Spannung erwartete Wahlrede gehalten. Sie ist zugleich das Programm der neuen Regierung Poincaré, die nach den Wahlen ohne Zweifel die französische Politik leiten wird. Was der Ministerpräsident in Bordeaux erklärt hat, ist also weit über die Grenzen Frankreichs hinaus von der größten Bedeutung. In Deutschland wird dies unverhüllte Bekenntnis zur Ruhrpolitik berechtigtes Aufsehen erregen. In dem Bestreben, seinen innenpolitischen Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen, versicherte Poincaré, daß sämtliche französischen Kabinette seit 1920 in ihrer Politik Deutschland gegenüber einig gewesen seien. „Briand war es, der durch unsere Truppen Düsseldorf und die anderen Städte besetzen ließ, die das Ruhrgebiet beherrschten. Er hatte angekündigt, daß, wenn sich die Verhältnisse nicht änderten,

wir gezwungen sein würden, Deutschland an der Gurgel zu fassen.

Mehr als ein Jahr später, nachdem die Reparationskommission die obstinate Nichterfüllung des Reiches festgestellt hatte, haben wir uns entschieden, neue Pfänder zu ergreifen und ins Ruhrgebiet einzurücken. Man hat behauptet, daß diese Operation für unsere Finanzen nicht günstig sei. Sie war im Gegenteil sehr produktiv. Sie hat es uns gestattet, die belgischen Prioritäten schneller zu lösen, indem wir unseren Nachbarn und Freunden eine Summe von mehr als 360 Millionen Goldmark zuwies, und sie hat uns nach Abzug aller Unkosten eine tatsächliche Reineinnahme von ungefähr 1 1/2 Milliarde Francs eingebracht. Außerdem und vor allem, wie General Dawes Barthou als dem Vorsitzenden der Reparationskommission und mir versichert hat, und wie der amerikanische Beobachter bei der Reparationskommission, Georges P. Aub, bekräftigt hat: Deutschland hätte nicht den Dawesplan angenommen, wenn Frankreich nicht im Ruhrgebiet gewesen wäre.“

## Die Gewerkschaften das Instrument der Weltrevolution

Kowuo, 25. März. Auf dem Moskauer Kongress der kommunistischen Gewerkschaften sprach in seinem Schlusssortie der Präsident Lojowski und erklärte, daß der Kampf um die europäischen Gewerkschaften wieder begonnen werden